



Eine Ordnung gemeinsamer Sicherheit in Europa

Analysen des Helsinki-Friedensprozesses und seines Scheiterns sowie über die Wege zu einer neuen Friedensordnung*

Dieter Segert

(MLS, Berlin)

Veröffentlicht: 20. Februar 2025

Abstract

The treaties concluded between 35 European states, the USA and Canada on the basis of the Conference on Security and Cooperation in Helsinki in 1975 and subsequent conferences laid the foundation for an order of common security in Europe. After the collapse of Soviet state socialism, however, a process began in which the cornerstones of this order, the agreements on nuclear arms limitation, the Conventional Forces in Europe Treaty and the agreed confidence-building measures, were abolished one after the other. The start of Russia's war against Ukraine completed this process of decline. The article discusses the responsibility for this regressive development and asks what conditions must be created for an urgently needed turnaround towards a new Eurasian security order.

Zusammenfassung

Die auf Grundlage der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki 1975 und nachfolgenden Konferenzen abgeschlossenen Verträge zwischen 35 Staaten aus Europas sowie der USA und Kanada legten das Fundament für eine Ordnung gemeinsamer Sicherheit in Europa. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus begann allerdings ein Prozess, in dem die Eckpfeiler dieser Ordnung, die Vereinbarungen über atomare Rüstungsbegrenzung, der Vertrag über die Begrenzung der konventionellen Rüstung in Europa und die vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen nacheinander aufgehoben wurden. Der Beginn des Krieg Russlands gegen die Ukraine vollendete diesen Niedergangsprozess. Im Beitrag wird die Verantwortung für diese regressive Entwicklung diskutiert und gefragt, welche Bedingungen für eine dringend erforderliche Wende hin zu einer neuen eurasischen Sicherheitsordnung geschaffen werden müssen.

Keywords/Schlüsselwörter

Cuban missile crisis and détente policy; logic of peace vs. logic of war; responsibilities for the end of the Helsinki order; „Charta system“ and multipolar world order.

Kuba-Krise und Entspannungspolitik; Friedenslogik vs. Kriegslogik; Verantwortung für das Ende der Helsinki-Ordnung; „Charta-System“ und multipolare Weltordnung.

* Überarbeitete Fassung des Vortrags vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften am 23. Januar 2025 im Historischen Ratssaal des Rathauses Berlin-Friedrichshagen.

Vor 50 Jahren wurde die Schlussakte der Konferenz von Helsinki von den Vertretern von 35 Staaten unterzeichnet. Das war ein Dokument, das einen Prozess, der schon einige Jahre im Laufen war, beschleunigte. Heute ist er in der Geschichte versunken. Da ist es eine gute Gelegenheit, Fragen zu stellen: Wer hat eigentlich das Scheitern des Helsinki Friedensprozesses zu verantworten? Wann ist sie gescheitert, erst am 24. Februar 2022, als Russland seinen Krieg gegen die Ukraine begann? Und wie könnte der Weg hin zu einer neuen, stabileren Friedensordnung aussehen?

Die Welt in einer Übergangsperiode – wohin?

Ich beginne mit zwei Äußerungen von Experten, von Sergej Karaganow, Leiter der Abteilung für Weltpolitik an der Moskauer Wirtschaftshochschule und Ehrenvorsitzender des Russischen Rats für Außen- und Verteidigungspolitik, und Richard Sakwa, emeritierter Professor an der University Kent und Russlandexperte.¹

Sergej Karaganow: Eine große Transformation wie die jetzige ist ohne Konflikte und Krieg nicht denkbar. Was jetzt geschieht, ist also völlig logisch. Die eigentliche Frage ist, ob wir diesen Wandel der Weltordnung ohne einen dritten Weltkrieg überstehen können. Die Spannungen zwischen dem Westen und anderen Weltregionen drohen zu eskalieren, während gleichzeitig der Wettbewerb zwischen aufstrebenden Mächten intensiver wird. Länder wie Indonesien gewinnen zunehmend an Bedeutung, während in der arabischen Welt neue Konfliktlinien entstehen. Ein zentraler Konfliktpunkt ist der Versuch des Westens, seine Einflussphären durch militärische Mittel zu verteidigen. Die Ukraine ist nun der wichtigste Schauplatz dieser Transformation. Moskau verteidigt seine Souveränität und seine Sicherheitsinteressen in der Ukraine, aber dieser Krieg ist eigentlich ein Krieg zwischen Russland und dem Westen. Die Aufgabe Russlands besteht darin, den Westen zu besiegen, ihn von seinen derzeitigen Positionen zu verdrängen, die Ereignisse in Richtung eines relativ friedlichen Übergangs zu lenken und das Abdriften in Richtung eines Weltkriegs zu stoppen. Zu diesem Zweck muss die Politik der nuklearen Abschreckung aktiviert werden. Die nukleare Abschreckung wird nicht nur in der Konfrontation zwischen dem Westen und Russland hilfreich sein, sondern auch in den Konflikten zwischen nichtwestlichen Ländern, die in der neuen Weltordnung unweigerlich entstehen werden.

Das ist ein klares Statement eines russischen Bellizisten. Es enthält eine Definition der gegenwärtigen Weltsituation. Wie nebenbei wird mit dem Feuer des Atomkriegs gespielt – die nukleare Abschreckung müsse aktiviert werden. Aber sind wirklich alle Steine auf dem Weg zu einer neuen Friedensordnung nur von Russland hingelegt worden? Richard Sakwa, ein englischer Politikwissenschaftler und exzellenter Russlandkenner, weist auch auf die Versäumnisse des Westens hin. Er verwendet dabei zwei unterschiedliche Begriffe einer „regelbasierten internationalen Ordnung“, die zu verstehen wichtig sind: einmal den eines „souveränen Internationalismus“, die mit der UNO entstandene Charta-Ordnung, und das von westlichen Staaten vertretene Verständnis eines „liberalen Internationalismus“.

¹ Sergej Karaganow wurde von Gabor Stier interviewt. Das Interview wurde in den *Nachdenkseiten* am 22. Dezember 2024 veröffentlicht unter der Überschrift „Die Welt befindet sich in einer Übergangsphase von der Hegemonie des Westens zu etwas Neuem“. Richard Sakwa schrieb einen Kommentar für die *Berliner Zeitung*, der am selben Tag unter der Überschrift „Donald Trump 2.0: Die Europäer erkennen nicht einmal das Problem“ publiziert wurde. Karaganow schrieb schon früher über die aus seiner Sicht erforderliche Wiederherstellung der „nuklearen Abschreckung“ (Karaganow 2023).

Richard Sakwa: 1945 wurde mit der Charta der Vereinten Nationen eine neue Ordnung geschaffen. Als Lektion aus dem Scheitern des Versailler Vertrags verkörperte sie die Hoffnungen der Menschheit – und tut es heute noch. Trotz vieler Unzulänglichkeiten gibt es keine bessere Alternative.

Ihr Grundprinzip ist der souveräne Internationalismus: die Verteidigung nationaler Souveränität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die territoriale Integrität – außerdem Multilateralismus, Diplomatie und internationale Zusammenarbeit.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion um 1990 trat der Westen triumphierend hervor. Er war jetzt so ambitioniert, dass er das Charta-System als solches infrage stellte. Anstelle des souveränen Internationalismus wurde ein neuer Stil internationaler Politik propagiert – der liberale (demokratische) Internationalismus. Der Westen begann, sich als regelbasierte Weltordnung zu stilisieren. Er selbst trat an die Stelle der unparteiischen Normen, die zuvor durch das UN-System verkörpert wurden. Diese Ambition resultierte in einer Reihe „ewiger Kriege“ in Westasien und trug dazu bei, den Ukrainekrieg seit 2022 zu provozieren.

Donald Trump hinterfragt diese expansive Dynamik. Sein Ansatz ist pragmatisch; er hat wenig übrig für das Charta-System und noch weniger für den liberalen Internationalismus. Aus seiner merkantilistischen Perspektive sind Kriege eine wirtschaftliche Belastung und sollten nach Möglichkeit vermieden werden. Verbündete sind nur in dem Maß nützlich, insofern sie zur gemeinsamen Verteidigung beitragen. Nicht nur die NATO, sondern die gesamte Struktur der westlichen Bündnisbeziehungen steht infrage.

„Die europäischen politischen Führer haben keine Antwort. Sie diagnostizieren nicht einmal das Problem. [...] Trumps Wiederwahl zwingt die Europäer wenigstens, sich mit ihrer postamerikanischen, postatlantischen Zukunft auseinanderzusetzen.“ (Sakwa 2024.)

Ich versuche im Vortrag eine Antwort auf die Frage, was unsere Verantwortung in dieser von beiden Experten erwähnten Übergangsepoche sein könnte, egal ob man sie als „postwestlich“ (Karaganow) oder „postatlantisch“ (Sakwa) bezeichnet. Dabei werde ich auf Grundlage des Buches „Doppelter Geschichtsbruch“ (2024), bei dem ich als Mit-Hrsg. mit Peter Brandt und Gert Weisskirchen agiert habe, darstellen, was wir alle aus dem gesellschaftlichen Umbruch, der durch die Konferenz von Helsinki² vor nunmehr 50 Jahren begleitet und stimuliert wurde, für diese nötigen Entscheidungen lernen könnten.³

Wie entstand und warum verging die europäische Ordnung gemeinsamer Sicherheit?

In dem Buch wurden die Wirkungen des Vertrags von Helsinki und den durch ihn angestoßenen Prozess der Entspannung analysiert, wobei sowohl damalige Akteure der Opposition in Osteuropa als auch Journalisten und Wissenschaftler zu Wort kamen. Einer der Autoren, Hans Misselwitz, DDR-Friedensaktivist und 1990 Verhandlungsführer der DDR bei den

² Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki fand zwischen 1973 und 1975 statt. Am 1. August 1975 wurde die Schlussakte feierlich unterzeichnet. Siehe zum Text bei der OSZE auf Deutsch: <https://www.osce.org/files/f/documents/6/e/39503.pdf> (aufgerufen am 25.1.2025).

³ Beim Schreiben des Buches machten wir die gute Erfahrung, dass die Herausgeber zwar unterschiedliche Auffassungen über die Ursachen des Zusammenbruchs des Staatssozialismus und die Gründe für das Zerbröseln der Fundamente der Ordnung gemeinsamer Sicherheit in Europa haben, aber sich darauf einigen konnten, dass es möglich ist, diese Unterschiede offen darzustellen. Vom Fazit des Buches im vierten Kapitel gibt es deshalb zwei verschiedene Abschnitte, einen von Gerd Weisskirchen, einen anderen von Peter Brandt und mir, wodurch die unterschiedlichen Positionen zum komplexen Geschehen als gleichsam wissenschaftlich akzeptabel dargestellt werden (Brandt et al 2024, 526 ff).



Helmut Schmidt, Erich Honecker, Gerald Ford und Bruno Kreisky unterzeichnen das KSZE-Abschlussdokument. Leonid Breschnew als Unterzeichner für die Sowjetunion nicht im Bild.

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-P0801-026 / Horst Sturm / CC-BY-SA 3.0

2+4-Gesprächen, stellte an den Anfang seines Beitrags folgende Fragen, die ich auch für unsere Debatte relevant halte: „Warum hat die 1990 proklamierte Friedensordnung nicht gehalten, was sie versprach? Wann wurden Chancen ihrer politischen und institutionalisierten Etablierung versäumt...? Was war schon im Schlüsseljahr 1990 verpasst worden? Warum konnte die aus der KSZE hervorgegangene OSZE sich nicht durchsetzen?“ (Misselwitz 2024: 494)

Der Friedensprozess, der ein Ausgleich zweier gegensätzlicher Systeme war, begann mit einer gefährlichen Konfrontation zwischen ihnen, der Kuba-Krise im Oktober 1962. Sie führte bis an den Rand eines atomaren Schlagabtauschs zwischen den USA und der Sowjetunion. Wichtig für die Lösung des entstandenen Konflikts waren direkte Gespräche zwischen den Führungen beider Staaten, die zum Rückzug der auf Kuba und in der Türkei stationierten atomaren Waffen führten. Kennedy verkündete eine „Strategie des Friedens“, deren Kern die Überzeugung bildete, dass Vereinbarungen, die den Interessen beider Seiten gleichermaßen entsprechen, auch von feindlichen Kräften eingehalten werden können. Letztlich war diese Entspannung zwischen den USA und der UdSSR die Grundlage für die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel ab 1969, den Helsinki-Prozess sowie die Rüstungs- und Abrüstungsverträge der 1980er Jahre unter Gorbatschow und Reagan.

Einen wichtigen Erkenntnissschritt auf dem Weg dorthin vollzogen die NATO-Politiker 1967 auf Grundlage eines vom belgischen Außenminister Pierre Harmel angeregten Strategiewechsels von einer Strategie der „massiven Vergeltung“ zu einer Strategie der „flexiblen Antwort“, letztere als „Harmel Doktrin“ bezeichnet. Die bisher in der westlichen Politik dominierende militärische Abschreckung des Gegners sollte durch eine Politik der verhandelten Annäherung ergänzt werden. Zu diesem Politikwechsel trug auch bei das von der Palme-Kommission 1980–1982 entwickelte Konzept der gemeinsamen Sicherheit bei. Für diese Politik war die Einsicht wichtig, dass vor seiner Veränderung zuerst der machtpolitische

Status quo akzeptiert werden muss. „Wandel durch Annäherung“. „Politik der kleinen Schritte“ etc.

Durch diese Politik wuchs das Vertrauen zwischen den systemisch verfeindeten Seiten. Es wurden eine Reihe wichtiger Abkommen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung vereinbart. In der „Charta von Paris“⁴ wurden im November 1990 die Prinzipien der Helsinki-Schlussakte in ihrer Gesamtheit und gegenseitigen Bedingtheit bekräftigt und durch die Unterzeichnerstaaten erklärt, sie wollten sich zukünftig „jeder gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichteten Androhung oder Anwendung von Gewalt ... enthalten“. Sie bekannten sich „zur friedlichen Beilegung von Streitfällen. Wir beschließen, Mechanismen zur Verhütung und Lösung von Konflikten zwischen den Teilnehmerstaaten zu entwickeln.“ Die Unterzeichner bekräftigten, „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten.“ In der „Charta von Paris“ wurden gewaltsame, militärische Aktionen gegen Unterzeichnerstaaten der Vereinbarung ebenso verurteilt wie das Prinzip der unteilbaren, der gemeinsamen Sicherheit bekräftigt.

„Gemeinsame Sicherheit“ als Konzept wurde in den 1980er Jahren detailliert ausgearbeitet (Müller et al. 2023). Es ist durch Hauptschlagworte, wie Interdependenz, gemeinsame Verantwortung und „Sicherheit mit“ statt „Sicherheit gegen“ gekennzeichnet. Folgerichtig wird von den Anhängern dieses Konzepts unilaterale Abschreckungspolitik abgelehnt, ebenso die alleinige Nutzung von Militärallianzen als Sicherheitsgaranten. Betont werden unprovokative und nicht-offensive Verteidigungsstrukturen und eine „Kollektive Sicherheit“. Sicherheit kann es nur für alle Beteiligten *gemeinsam* geben. Jedes Mitgliedsland einer solchen Vereinbarung kann zwar seine Zugehörigkeit zu Verteidigungsallianzen selbst wählen, aber seine Sicherheit sollte nicht auf Kosten eines anderen der beteiligten Staaten gewährleistet werden.

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit war Ausdruck einer „Friedenslogik“. Es ist nur wirksam als Summe vieler Prinzipien. Das ist im Übrigen für die Bewertung der Osterweiterung der NATO wichtig: Die osteuropäischen Staaten konnten sich für die NATO-Mitgliedschaft entscheiden, aber das durfte nicht auf Kosten der Sicherheit Russlands gehen. Nicht allein die Zugehörigkeit zur NATO war das Problem für Russlands Sicherheit, sondern das Ausbleiben von ergänzenden Maßnahmen zur Festigung gemeinsamer Sicherheit. Dieser Zusammenhang der beiden Prinzipien – Freiheit der Bündniswahl und das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit – wurden durch die OSZE mehrfach bekräftigt, zuletzt 1999 auf ihrer Tagung in Istanbul.

Eine der politischen Ziele des Helsinki-Prozesses und seines krönenden Abschlusses in Paris 1990 war die Überwindung der Militärblöcke durch ein stabiles System gemeinsamer Sicherheit. Ausdruck dessen war eine trilaterale Initiative der ostmitteleuropäischen Staaten Polen, CSR und DDR im Jahr 1990, durch eine umfassende Institutionalisierung der KSZE-Strukturen die beiden Militärbündnisse NATO und Warschauer Vertrag überflüssig zu machen. Die Zustimmung der Sowjetunion unter Gorbatschow zur deutschen Einheit und dem von den USA gewünschten Verbleib des geeinten Landes in der NATO wurde dadurch erreicht, dass sowohl die BRD als auch die USA versicherten, dass es keine weitere Ausdeh-

⁴ Siehe den vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages veröffentlichten Text: „Charta von Paris für ein neues Europa“, in: <https://www.bundestag.de/re-source/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf> (aufgerufen am 5.1.2025)

nung der NATO nach Osten geben würde. Das ist zwar nicht schriftlich fixiert aber mehrfach im Verlauf der Verhandlungen mündlich versichert worden, wie auch veröffentlichte Protokolle dieser Treffen inzwischen nahelegen.⁵

Einer der wichtigsten Verträge jener Jahre der Entspannung war der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) von 1990, der Obergrenzen für schwere Waffensysteme auf dem Territorium vom Atlantik bis zum Ural festlegte und der 1999 angesichts der Neuordnung der Staatenwelt nach dem Zerfall der Föderationen UdSSR und SFRJ neu verhandelt und unterzeichnet wurde. Die 1995 gegründete OSZE erfüllte allerdings die Hoffnungen auf eine funktionsfähige Friedensarchitektur nicht.

Ab Ende der 1990er Jahre erlahmte dieser Prozess. Der 1999 modifizierte KSE-Vertrag wurde zwar von den sowjetischen Nachfolgestaaten aber nicht von den westlichen Partnern ratifiziert. 2001 stieg angesichts der neuen Gefahr des internationalen Terrorismus die USA aus dem ABM-Vertrag aus, Russland folgte. 2019 wurde auch der INF-Vertrag (der Vertrag, der die Waffenkategorie atomare Mittelstreckenraketen verbot) beendet. Ebenso ist heute der Vertrag „Open Skies“ nicht mehr gültig.

Parallel zur Beendigung der Verträge zur Rüstungsbegrenzung bzw. der vertrauensbildenden Maßnahmen wuchs das Misstrauen zwischen den beiden Seiten an. In den Medien wird immer darauf verwiesen, dass man Putin nicht trauen könne. Vor allem nicht nach dem Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine. Auch die andere Seite traut uns nicht. Es handelt sich um gegenseitiges zerstörtes Vertrauen. Das beginnt damit, dass die Ostausdehnung der NATO nicht allein gegen mündliche Zusagen verstieß, sondern auch die Sicherheitsinteressen der anderen Seite zunehmend ignorierte, was spätestens mit dem Versuch der USA, die Ukraine und Georgien 2008 in die NATO zu holen, manifest wurde. Schließlich hat dann das Verhalten der westlichen Vertragspartner zu den Minsker Verträgen das Vertrauen Putins in die Politik der anderen Seite endgültig beschädigt. Immer rügten die westlichen Partner nur die Verstöße Russlands gegen die Verträge, aber nicht die der Ukraine, die im März 2021 aus den Abkommen ausstieg. 2022, nach Kriegsbeginn, erklärten dann sogar Merkel und Hollande, sie hätten eigentlich durch die Verträge nur der Ukraine Zeit geben wollen, damit diese gegen die russische Bedrohung aufrüsten könne.

Man könnte auch darauf verweisen, dass hier eine Politik, die auf die Sicherheitsinteressen der anderen Seite im Interesse eines Systems gemeinsamer Sicherheit Rücksicht genommen hatte, aufgegeben worden ist. Die Politik seitdem wird nicht mehr durch eine *Friedenslogik*, sondern nur mehr durch die eine *Kriegslogik* bestimmt, man rüstet auf, um in einem Krieg gegen die Gegenseite siegen zu können, und die andere Seite tut das ebenso, so dass der Rüstungswettlauf an Fahrt gewinnt.

Warum konnten die Ergebnisse des Helsinki-Prozesses so schnell zerstört werden?

Warum die Substanz der europäischen Friedensordnung am Ende der 1990er Jahre so schnell zerstört werden konnte, dazu formulieren wir in unserem Buch im Kapitel 4.2 von Peter Brandt und mir die Annahme, dass dazu die Schwäche der einen vertragsschließenden Seite, der Sowjetunion bzw. der Russischen Föderation als ihrem wichtigsten Nachfolger,

⁵ „Declassified documents show security assurances against NATO expansion to Soviet leaders from Baker, Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterrand, Thatcher, Hurd, Major, and Woerner, National Security Archive, 12.12.2017, Washington D. C.“ (zitiert in J. Baud: Das Versprechen, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnt, in: Infosperber, <https://www.infosperber.ch/politik/welt/das-versprechen-dass-sich-die-nato-nicht-nach-osten-ausdehnt/> , aufgerufen am 2.1.2025) Allerdings gibt es alternative Interpretationen dieser mündlichen Zusicherungen, die es so darstellt, als ob sie damals ausschließlich der Frage gewidmet einer Ausdehnung von NATO-Strukturen auf Ostdeutschland gewidmet waren (Adomeit 2015).

beigetragen hat. Die 1990er Jahre waren durch einen tiefen Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung, den katastrophalen sozialen Niedergang und durch die reale Gefahr eines Auseinanderbrechens der Föderation gekennzeichnet. Aber zur Schwäche der einen Seite kam die Hybris der anderen, des Westens, besonders der USA, die nun meinte, endgültig zur einzig verbliebenen Supermacht aufgestiegen zu sein. Diese Hybris war verbunden mit der Auffassung, die eigenen Werte seien für die ganze Welt bestimmend und man könne dem durch den Sturz nichtdemokratischer Regierungen nachhelfen. Die Interventionen westlicher Staaten in Libyen, Serbien oder dem Irak 2003 sind Beispiele dafür. Das ist das, was Richard Sakwa als Konzept eines „liberalen Internationalismus“ bezeichnet. Die Ablehnung der sogenannten „Farbrevolutionen“ in Serbien, Georgien, Kirgisien und der Ukraine durch Russland war eine Reaktion darauf. Man sah diese Umbrüche gefördert durch westliche Geheimdienste und Politiker als Vorstufen zu einem ähnlichen Versuch eines Systemwechsels im eigenen Land.

In dieser Zeit sind die durch das Auseinanderbrechen der multiethnischen Staaten SFRJ (Jugoslawien) und UdSSR entstehenden Instabilitäten in den betreffenden Regionen zu wenig zum Gegenstand von unterstützenden Aktionen der Weltgemeinschaft gemacht worden (Segert 2023). Die betreffenden Konflikte, auch in den neu entstandenen Nationalstaaten zwischen Titularethnien und neuen Minderheiten, wurden unzureichend international reguliert und führten immer wieder in bewaffnete Auseinandersetzungen hinein, in Kriege und Bürgerkriege, etwa der in Georgien oder der Ukraine und Kriege zwischen Russland und Tschetschenien bzw. zwischen Armenien und Aserbaidschan.

Nicht alle Instabilitäten dieser Jahrzehnte resultieren allerdings aus den Spannungen zwischen den früheren Systemgegnern. Zusätzlich sind in den Jahren seit 1990 neue Herausforderungen für die internationale Ordnung entstanden, für deren Lösung es einer effizienteren internationalen Zusammenarbeit bedarf: die Klimakrise, die ökologischen Belastungen der industriellen Wirtschaftsweise, aber auch die veränderten Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten des Westens und den aufsteigenden Staaten des globalen Südens, vor allem durch die rasche wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China seit Beginn der Reformen 1979. Die aus dem Zweiten Weltkrieg entstandene UNO und die mit ihr verbundenen internationalen Finanzinstitutionen IMF und WB können diesen Herausforderungen nicht mehr genügen, es gibt zwar immer wieder neue Entwürfe zu einer Reform, aber sie selbst kommt nicht voran. Die von Sakwa als „Chartasystem“ bezeichnete internationale Politik bedarf nicht nur der Verteidigung gegen Trump, sondern selbst einer Weiterentwicklung entsprechend diesen neuen Bedingungen.

Einige Thesen darüber, welche Herausforderungen auf diesem Weg gelöst werden müssen

1. Der Krieg in der Ukraine muss schnell enden, um das Töten und Zerstören ungeheuren Ausmaßes zu beenden. Das geht nur, wenn die Sieghphantasien beider Seiten aufgegeben werden. Russland wird nicht den gesamten Osten und Süden der Ukraine, mitunter als „Neurussland“⁶ bezeichnet, erobern können, die Ukraine wird Russland nicht militärisch besiegen und hinter die Grenzen von 1991 zurückdrängen können. Eine solche Einsicht aber wird nicht von selbst aus dem Innern der betreffenden Staaten kommen, sondern bedarf des Einflusses der Verbündeten, des vereinigten Westens auf die Ukraine, und der

⁶ Dieses Gebiet der Ukraine war zwischen dem Osmanischen Reich, Polen-Litauen und Russland umkämpft. Im Ergebnis des Russisch-Türkischen Krieges (1768–1774) in der Regierungszeit Katharina der Großen wurde es von Russland erobert und annektiert. In dieser Zeit wurden u.a. die Städte Odessa und Sewastopol gegründet.

BRICS-Staaten und vor allem Chinas auf Russland. Jedoch das Ende der Kampfhandlungen ist erst der erste Schritt zu einer dauerhaften Friedensordnung in der Region und in Eurasien.

2. Nach dem Waffenstillstandsabkommen muss ein Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland verhandelt werden, der einen Prozess der Versöhnung zwischen beiden Gesellschaften anstößt. Die Sicherheitsinteressen beider Staaten müssen ebenso Berücksichtigung finden, wie auch dem radikalen Nationalismus in beiden Gesellschaften Grenzen gesetzt werden müssen. Das gilt ungeachtet dessen, dass es sich um zwei unterschiedliche Nationalismen handelt, in Russland um einen „imperialen Nationalismus“, der nach Wiederherstellung der Grenzen des russischen Kaiserreichs strebt, in der Ukraine ein ethnischer Nationalismus, der das Land droht auseinanderzureißen. Die Überwindung der Nationalismen ist wahrscheinlich die schwierigere und nur über eine lange Dauer zu bewältigende Aufgabe.
3. Der Wiederaufbau der Ukraine wird die EU auch wirtschaftlich fordern. Dabei geht es sowohl um die Unterstützung der Ukraine beim Abbau der hohen Verschuldung des Landes⁷ als auch um bei der Rückkehr der über vier Millionen in die EU geflüchteten ukrainischen Bürger, ohne die das Land nicht wiederaufgebaut werden kann.
4. Auch die in unserer Gesellschaft existierenden Feindbilder vom Gegenüber müssen überwunden werden, wenn wir dauerhaften Frieden wollen. Wir müssen friedentüchtig werden. Das beinhaltet auch die Überwindung des Feindbildes von Russland, das auf den Fundamenten des uralten Antibolschewismus aufgebaut ist und in den letzten Jahren verstärkt von Teilen der Politik und den Medien aufgebaut wurde. Das ist Aufgabe von Akteuren unserer Öffentlichkeit, von Friedensaktivisten, Journalisten und Wissenschaftlern. Ich habe vor einiger Zeit einen Text geschrieben für ein Buch der „Kritischen Friedensforschung“ in Österreich, in dem ich die These vertrete, dass Friedenssicherung auch die Überwindung des bipolaren Denkens erfordere (Segert 2024). Natürlich können durch friedensfördernde Aktivitäten der Zivilgesellschaft nicht die materiellen Prozesse aufgehalten werden, die zum Krieg treiben. Aber es würde die Kriegsführung auf allen Seiten schwerer machen.

Kurz gesagt: die vorherrschenden *Kriegslogik* der Politik muss wieder durch eine *Friedenslogik* ersetzt werden. Diese Erkenntnis sollte in der politischen Debatte in beiden Lagern durchgesetzt werden.

⁷ Die Ukraine war auch vor dem Beginn des Krieges 2022 hochverschuldet. 2021 war der Staat bei ausländischen Gläubigern mit knapp 100 Mrd. USD verschuldet, 2023 lag die Verschuldung bei über 140 Mrd. USD. (Montag 2024). Die Verschuldungsrate der Ukraine betrug 2023 83 % (Siehe Statistisches Bundesamt „Statistisches Länderprofil Ukraine“, https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofile/ukraine.pdf?__blob=publicationFile). Allein im ersten Kriegsjahr hat die Ukraine für 114 Mrd. US-Dollar finanzielle und militärische Hilfen erhalten, viel davon auf Kredit, auch wenn die Rückzahlung teilweise um 10 Jahre gestundet wurde. Siehe den Beitrag von Manuell Escher und Fabian Somavilla „Gute Freunde, strenge Rechnung? Wie die Ukraine für ihre Waffen zahlen soll“, „Der Standard“ 15.1.2023. Link: <https://www.derstandard.at/story/2000142564418/gute-freunde-strenge-rechnung-wie-die-ukraine-fuer-ihre-waffen> (aufgerufen am 5.1.2025)

Insgesamt ist der Ukraine nach Angaben des Instituts für Weltwirtschaft Kiel von 2022 bis Oktober 2024 Hilfe in Höhe von 241 Mrd. € zugesagt. Die Ukraine hat davon allerdings erst 125 Mrd. € erhalten. Die Hilfen Deutschlands, des größten EU-Unterstützers, betragen davon knapp 50 Mrd., davon 35 Mrd. € für Geflüchtete (Ukraine-Support Tracker) <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/> (aufgerufen am 8.1.2025).

5. Ohne eine neue vertraglich vereinbarte Sicherheitsarchitektur in Europa (die vielleicht als „Helsinki 2.0“ bezeichnet werden könnte, Pfeffer 2022) wird es keine dauerhafte Entschärfung des Konflikts zwischen Russland und dem Westen geben. Diese neue Friedensordnung sollte m.E. von einem sowohl von den USA als auch von der VR China unabhängigen EU-Europa vorangetrieben werden. Sie kann allerdings nicht gegen, sondern *nur mit Russland* erreicht werden. Dabei geht es nicht nur um eine Ordnung gemeinsamer Sicherheit, die die militärische Konfrontation einhegt und die ungezügelter Aufrüstung beendet, sondern auch um eine Institutionenordnung, welche die kooperative Lösung globaler Probleme ermöglicht. Russland als der territorial größte Staat der Erde mit einem großen Anteil an der Zone des Permafrostbodens könnte in der Lösung seiner ökologischen Probleme und der Ablösung seiner Abhängigkeit von dem Export klimaschädlicher Rohstoffe durch die EU unterstützt werden. Die wieder aufgenommene Kooperation mit Russland würde auch russischen Scharfmachern wie Karaganow den Resonanzraum verkleinern. Eine der schwierigsten Aufgaben beim Aufbau einer solchen Ordnung gemeinsamer Sicherheit ist der Stopp der Modernisierung der Atomwaffenpotentiale der Großmächte und eine Begrenzung der Entwicklung neuer Waffenarten wie KI-gesteuerter Drohnenschwärme und von Kampfrobotern. Ein Verbot von Atomwaffen wäre das langfristige Ziel.
6. Für diese Verhandlungen ist Vertrauen nötig. Wie aber kann das zerstörte Vertrauen zwischen den jahrelang verfeindeten Seiten wieder wachsen? Eine der elementaren Voraussetzungen ist, wie es Egon Bahr einmal formuliert hat, sich in die Lage und Sichtweisen der anderen Seite hineinzusetzen. Die Welt mit den Augen der anderen sehen und versuchen, deren Entscheidungen zu verstehen. Erst dann wird es möglich zu erkennen, welche Voraussetzungen die gegenseitige Annäherung und Kooperation hat. Anders gesagt: nicht weniger, sondern mehr Putin-Versteher sind nötig, um voranzukommen. Feindbilder wegzulegen ist unabdingbare Voraussetzung dafür, Wege zur Schaffung einer neuen gemeinsamen Friedensordnung zu schaffen.
7. Diese eurasische Ordnung gemeinsamer Sicherheit wäre ein wichtiger Beitrag der EU auf dem Weg zur Verhinderung einer neuen bipolaren Blockbildung und dem Aufbau einer gerechten, regelbasierten multipolaren Weltordnung. Allerdings ist das keine Zukunft ohne Geopolitik. Die Machtinteressen der großen Mächte bleiben wichtig. Europa müsste selbst nach einem eigenen Platz in der von mehreren Großmächten geprägten multipolaren Welt streben. Eine wichtige Aufgabe Europas wäre dabei, daran mitzuwirken, dass die Spannungen zwischen der absteigenden und der aufsteigenden globalen Hegemonialmacht, den USA und China, reduziert werden und es nicht zu einem Krieg um Taiwan kommt (Weigelin-Schwiedrzig 2023). Um nicht Anhängsel einer neuen hegemonialen Großmacht, Chinas, zu werden müsste die EU die UNO-Architektur stärken und an der Umgestaltung der internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen aktiv mitwirken, in denen der Einfluss des globalen Südens stärker als bisher sichtbar werden muss, um den seit einigen Jahren begonnenen Aufbau paralleler Strukturen zu stoppen und neue Regeln einer wirklich pluralen Weltordnung zu begründen.

Alles das ist, was Richard Sakwa als zu begreifende Aufgabe „Europas“ aus dem Ende des transatlantischen Zeitalters betrachtet: Eine aktive Arbeit an einer postatlantischen Zukunft. Allerdings, wie schon gesagt, es geht nicht um die Rückkehr zu einer wieder funktionierenden Ordnung der UN-Charta, sondern um den Aufbau einer nach neuen Regeln funktionierenden Friedensordnung zumindest auf dem eurasischen Doppelkontinent. Das ist vor allem deshalb nötig, weil seit dem Helsinki-Prozess die Volksrepublik China den Status einer Atommacht erlangt hat und in eine Ordnung gemeinsamer Sicherheit eingebunden werden muss. Ebenso sollte Indien als aufsteigende Macht in die Verhandlungen einbezogen werden.

Warum können wir auf eine neue Friedensordnung hoffen?

Für dieses Ziel sind gemeinsame Anstrengungen der Politik, öffentlichen Intellektuellen und gesellschaftlichen Friedensaktivisten nötig (siehe Müller/Brandt, Braun 2025). Die Hindernisse auf diesem Weg sind gewaltig. Schon die internen Konflikte in der EU werden schwer zu überwinden sein. Etwa die Spaltung in ein „altes“ und ein „neues“ Europa in der Frage, wie man sich gegenüber Russland verhalten soll. Vor allem die baltischen Staaten legen aus doppelten Gründen heraus, denen des Hitler-Stalin-Paktes von 1939, und des heutigen vorherrschenden Nationalismus in der Politik, ein engagiertes russophobes Verhalten an den Tag. Wenn man ihren Vertretern wichtige Funktionen in der Kommission überträgt, schafft das zusätzliche Probleme für eine Wiederannäherung an Russland.

Aber es gibt auch Argumente dafür, warum es klappen sollte. Etwa die Interessen von Staaten wie Deutschland an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Rohstoffgiganten Russland. Und dann gibt es auch noch die Erinnerung an die erfolgreiche Geschichte des Helsinki-Prozesse: Warum sollten nicht wieder, wie damals, als sich in zwei widerstreitenden Weltssystemen Politiker wie John F. Kennedy, Christian Harmel, Willy Brandt, Olof Palme und Michael Gorbatschow fanden, Politiker den Mut und die Weitsicht haben, einen solchen Anfang zu setzen?

Vielleicht ist die Kenntnis der konfliktreichen, aber erfolgreichen Geschichte des ersten Helsinki-Friedensprozesses doch ein Grund für eine realistische Hoffnung?

Es gibt auch noch ein allgemeineres Argument für die Möglichkeit einer friedlichen Zukunft als dieses gerade erwähnte aus der jüngeren politischen Geschichte. Damit will ich schließen. Die Paläontologin Madeleine Böhme schreibt im Vorwort ihres spannenden Buchs darüber, wie wir Menschen wurden: „Was der Mensch ist, ist er durch die Evolution in Jahrmillionen geworden. Das genau erforschen wird immer die Aufgabe unvoreingenommener Wissenschaft bleiben. Nicht zuletzt, weil wir uns selbst aus dem Tierreich erheben und doch nur ein Teil von ihm sind – aber mit der Gabe der Einsicht und der Fähigkeit uns zu hinterfragen“ (Böhme 2019: 14). Diese in uns tiefverwurzelten Gaben und Fähigkeiten könnten dazu beitragen, dass wir Menschen schließlich die nötige Energie aufbringen, um die Kriegslogik der bisherigen Politik zu durchbrechen.

Bibliografie:

- Adomeit, Hannes: „Westliche Aussagen die NATO nicht nach Osten auszudehnen – Fakt oder Fiktion?“, *Ost-West Europäische Perspektiven*, 3/2015, <https://www.owep.de/artikel/990-westliche-zusagen-nato-nicht-nach-osten-zu-erweitern-fakt-oder-fiktion> (aufgerufen am 2. 1. 2025).
- Böhme, Madeleine (unter Mitwirkung von Rüdiger Braun und Florian Breier)(2019): *Wie wir Menschen wurden*, München: Heyne (2. Auflage).
- Brandt, Peter et al. (Hrsg.) (2024): *Doppelter Geschichtsbruch. Der Wandel in Osteuropa nach der Helsinki-Konferenz 1975 und die Zukunft der europäischen Sicherheit*, Bonn: Dietz.
- Karaganow, Sergej (2023): „How to Prevent a Third World War“. *Russia in Global Affairs*, 26. September 2023, Link: <https://eng.globalaffairs.ru/articles/how-to-prevent-a-third-world-war/> (aufgerufen am 25. 1. 2025)
- Misselwitz, Hans (2024): „Alles auf Anfang?“, *Brandt et al.*, 493–525.
- Montag, Karsten (2024): „Der Ukraine droht der Staatsbankrott“, *Nachdenkseiten*, 4. Juli 2024.
- Müller, Michael et al (2023): „Gemeinsame Sicherheit – heute noch wichtiger als im Kalten Krieg“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 69/10, 85–95.

- Müller, Michael, Peter Brandt, Reiner Braun (2025): „Mut zur Mündigkeit. Die Militarisierung der internationalen Politik führt zur Feindseligkeit statt zu mehr Frieden. Ein Aufruf“, *Berliner Zeitung*, 18./19. Januar 2025, 26–27.
- Pfeffer, John (2022): „Helsinki 2.0 – The European security order has broken down. The conflict around Ukraine is a symptom of this larger problem“, *Foreign Policy in Fokus*, 2. Februar 2022, <https://fpif.org/helsinki-2-0/> (aufgerufen am 5. 1. 2025).
- Segert, Dieter (2023): „Die Instabilität der post-sowjetischen Staatenwelt und der Ukraine-Krieg“ *International. Die Zeitschrift für internationale Politik*, III/2024, 5–8.
- Segert, Dieter (2024): „Friedenssicherung durch Überwindung des bipolaren Denkens“, *Kritische Friedensforschung. Konzepte, Analysen und Diagnosen*, hrsg. von Josef Mühlbauer und Maximilian Lakitsch, Wien: Mandelbaum-Verlag, 13–19.
- Weigelin-Schwiedrzig, Susanne (2023): *China und die Neuordnung der Welt*, Wien: Brandstätter-Verlag.

E-Mail-Adresse des Verfassers: dieter.segert@univie.ac.at